

Antrag

**der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP**

**Entscheidung zu der Mitteilung der Landesregierung
vom 2. April 2015
– Drucksache 15/6719**

**Bericht über aktuelle europapolitische Themen;
hier: Partnerschaft zwischen Baden-Württemberg und Burundi
(S. 16, Abschnitt VII.)**

Der Landtag wolle beschließen:

- I. Von der Mitteilung der Landesregierung vom 2. April 2015 – Drucksache 15/6719 – Kenntnis zu nehmen.
- II. Die Landesregierung zu ersuchen,
sich gegenüber der Bundesregierung und der EU-Kommission im Sinne dieses Antrags für einen kritischen Dialog mit der Regierung Burundis einzusetzen und auf die Abhaltung fairer, verfassungsgemäßer Wahlen hinzuwirken.
- III.
 1. Der Landtag bekräftigt die im Mai 2014 unterzeichnete Partnerschaftsvereinbarung des Landes Baden-Württemberg mit Burundi und das damit verbundene Ziel, die Zusammenarbeit mit Burundi in gegenseitigem Respekt und partnerschaftlichem Miteinander weiter zu vertiefen;
 2. der Landtag unterstützt die Partnerschaft mit Burundi mit dem Ziel, eine nachhaltige globale Entwicklung, Frieden und weltweite Gerechtigkeit sowie Demokratie und Menschenrechte zu fördern;
 3. der Landtag begrüßt die schrittweisen Fortschritte, die sich seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Arusha in Burundi abzuzeichnen beginnen und die das Land auf seinem Weg zu Entwicklung, Stabilität und Demokratie voranbringen können;
 4. der Landtag misst im Vorfeld der nun anstehenden Wahlen (von Mai bis August 2015) in Burundi der Einhaltung des Abkommens von Arusha große Bedeutung bei und betrachtet daher die nicht verfassungsgemäße Kandidatur des amtierenden Präsidenten für eine dritte Amtsperiode mit Sorge;

5. der Landtag ist äußerst beunruhigt durch Berichte über Festnahmen von Oppositionellen, Gewalt und Drohungen gegen Oppositionelle und ihre Angehörigen, Verhaftung von Journalisten, Beschneidung der Rechte der Opposition, Zunahme von Gewalt und Tausende von Flüchtlingen, die das Land verlassen;
6. der Landtag appelliert daher an die Verantwortlichen in der Regierung, in den Parteien und an die zuständigen Institutionen in Burundi, in der aktuellen Situation vor den Wahlen und darüber hinaus entsprechend ihrer rechtsstaatlichen Aufgaben und Regeln zu handeln, damit friedliche, demokratische und freie Wahlen in Burundi abgehalten werden können;
7. der Landtag hält die Entsendung von Wahlbeobachtungskommissionen zur Parlaments- und Präsidentschaftswahl durch die UN, die Europäische Union und die Bundesregierung für einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung einer demokratischen Entwicklung in Burundi. Eine freie, gleiche und geheime Wahl ist eine unverzichtbare Voraussetzung für ein legitimes Parlament in einer rechtsstaatlichen Verfassungsordnung;
8. der Landtag von Baden-Württemberg begrüßt alle Aktivitäten der Europäischen Union, die darauf abzielen, Spannungen zwischen den politischen Akteuren in Burundi schnellstmöglich zu entschärfen und einer Destabilisierung im Land entgegenzuwirken.

06. 05. 2015

Wolf
und Fraktion

Sitzmann
und Fraktion

Schmiedel
und Fraktion

Dr. Rülke
und Fraktion

Begründung

Zwischen Baden-Württemberg und Burundi bestehen seit den 80er-Jahren partnerschaftliche Beziehungen auf kirchlicher, privater und politischer Ebene. Unter der grün-roten Landesregierung wurden die Beziehungen im Mai 2014 durch eine Partnerschaftserklärung besiegelt und damit wurde formal der Grundstein für den Ausbau der Partnerschaft in beiden Ländern gelegt. Neben verschiedenen beidseitigen Besuchen fand im Mai 2014 auch eine Delegationsreise unter Führung von Minister Peter Friedrich statt.

Burundi steht dieses Jahr vor wichtigen Wahlen. Die Vorbereitungen für die im Mai beginnenden Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen finden unter großen politischen Spannungen statt. Der UN-Sicherheitsrat hat sowohl im Februar 2014 (S/RES/2137 [2014]) als auch im Februar 2015 (S/PRST/2015/6) seine große Besorgnis bekundet, über Berichte zu Einschüchterungen und Schikanen, politischer Gewalt, willkürlichen Festnahmen und weiteren Verletzungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Wir sind besorgt, dass die Kandidatur des amtierenden Präsidenten für eine dritte Amtszeit, die aus unserer Sicht gegen

die Verfassung und das Friedensabkommen von Arusha verstößt, die Regierung und das ganze Land destabilisiert. Aktuell fliehen tausende Menschen aus Angst vor Gewalt nach Ruanda und in den Kongo. In der Hauptstadt Bujumbura kommt es laut internationalen Berichten vermehrt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen und unrechtmäßigen Verhaftungen.

Der Rat der Europäischen Union hat am 16. März 2015 Schlussfolgerungen zur politischen Lage in Burundi im Vorfeld der Wahlen verabschiedet. Er appelliert an die staatlichen Stellen in Burundi, friedliche, inklusive und transparente Wahlen zu gewährleisten und beteiligt sich seit April an der internationalen Wahlbeobachtungsmission in Burundi.

Diesem Appell möchten wir uns anschließen. Wir appellieren an die burundische Regierung, sich für friedliche politische Auseinandersetzungen, gegen Gewalt und für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen, damit Burundi eine friedliche Zukunft hat und die solide Partnerschaft mit Baden-Württemberg weiter ausgebaut werden kann. Wir fordern die Landesregierung auf und unterstützen sie in ihren Bemühungen, sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten für eine gewaltfreie Entwicklung und demokratische Wahlen in Burundi einzusetzen.